



Hamburger Erklärung zum 8. Mai 2015

8. Mai 1945 – Tag der Befreiung – Chance für Frieden und Demokratie in Europa

Am 8. Mai 1945 wurde nahezu ganz Europa von Faschismus und Krieg befreit. In Deutschland erlebten in erster Linie die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer_innen diesen Tag als Befreiung. Aber auch wir alle, die wir heute leben, verdanken die Chance eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind und bleiben auch unsere Befreier. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland, in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat.

Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Noch in den letzten zwei

Wochen vor der Befreiung Hamburgs, wurden 71 Männer und Frauen aus dem Konzentrationslager Fuhlsbüttel im

KZ Neuengamme grausam ermordet. In der Schule Bullenhusener Damm, damals ein Außenlager des KZ Neuengamme, erhängte am 20. April 1945 die SS 20 jüdische Kinder mit ihren vier Pflegern und 24 sowjetische Häftlinge. Weit über zehntausend Häftlinge des KZ Neuengamme verloren noch ihr Leben in sogenannten „Auffanglagern“, beim Untergang der „Cap Arcona“ in der Ostsee oder durch Tötungen während der Todesmärsche, auf die sie gezwungen wurden. Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie und Banken waren die Gewinner von „Arisierung“, Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter_innen. Diese Gewinne bildeten eine wichtige Grundlage des „Wirtschaftswunders“ in der Bundesrepublik, während die Opfer um jede Mark Entschädigung kämpfen mussten und bis heute kämpfen müssen.

AUS DEM INHALT

Hamburger Erklärung zum 8. Mai 2015

Neue Homepage der VVN-BdA: dasjahr1945.de

VERBANDSARBEIT, RELIGIONS- UND KIRCHENKRITIK

Aus dem Vorstand von Angelika Scheer, Landesvorsitzende

Kirchen kassieren mehr Steuergelder denn je

Passend zur Kriegszeit:

Breitseiten gegen die Friedensbewegung von K. Hartmann

AUS DEN REGIONEN

Bremen:

Erklärung zum 70 Jahrestag der Befreiung vom „Nationalsozialismus“ von der Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz

Schleswig-Holstein:

Volksinitiative für Gottesbezug gestartet

Von Erlassen und fehlenden Daten- Beim Philosophieunterricht an Grundschulen agiert SH im Blindflug- Von Olaf Harnig aus: „Gegenwind“ Nr.318 vom März 2015

Verfolgt-Verurteilt-Vergessen NS-Militärjustiz in Lübeck,

Lübeck:Tausende gegen sieben Minister

Versuche den Ostermarsch von der KZ-Gedenkstätte Ladelund nach Bramstedtlund zu verbieten!

Hamburg:

Flüchtlinge brauchen Unterstützung – Appell der Hamburger Zivilgesellschaft

5. Antifaschistische Hafentage vom 29.5. – 31.5.2015

Spanien im Herzen – Lieder des Spanischen Bürgerkrieges; Vorstellung der neuen 7CD-Box

DGB-Senioren fordern vom Senat und HVV eine HVV-Seniorenkarte

Initiative des Kabarets „Pollitbüro“ in Hamburg

Nachruf – Ingrid Belgart Nebel

Niedersachsen:

Jugendliche besuchen die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte Info-Nachmittag zur Jugendweihe

Armut steigt in den Städten – Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft

Schluss mit dem Schulfrieden – Solidarität mit den streikenden LehrerInnen

KULTUR

„Und weil der Mensch ein Mensch ist“ -Musikprogramm der „Grenzgänger“ aus Bremen

Buchlesung am 26.9. aus dem neuen Buch von Dr. Heinz Jürgen Schneider in „Heideruh“ im Rahmen des Wochenendseminars.

Tipps und Termine

In nahezu allen ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern wurden der 8. und/oder 9. Mai gesetzliche Feiertage, das war auch in der DDR der Fall. Genau 40 Jahre hat es gedauert, bis ein Präsident der Bundesrepublik an einem 8. Mai von Befreiung gesprochen hat. Bis dahin hatte die Sicht der Nazis, der Deutsch-Nationalen, der „Frontkämpfer“, der Profiteure, Mitläufer und Zuschauer das offizielle Vokabular geprägt: Zusammenbruch, Kapitulation, Niederlage, Besatzer, Neubeginn. Mit Weizsäckers Rede wurde die Perspektive der Verfolgten des Nazi-Regimes „gesellschaftsfähig“.

Wir fordern, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird.

Wir wissen, dass die Früchte des 8. Mai stets gefährdet sind. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien zur Begründung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur. Wir wissen, die soziale Spaltung der Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, in dem die Angst vor dem Abstieg Anpassungsdruck und Ausgrenzungsbereitschaft erhöht. Wir erleben, dass Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden. Wir sehen mit Sorge, wie unbarmherzig unsere Gesellschaft Flüchtlingen gegenübertritt und gewaltsame Übergriffe duldet. Zugleich wird antifaschistische Gegenwehr kriminalisiert. Der rasante Aufstieg neofaschistischer und rechtspopulistischer Kräfte in nahezu allen europäischen Ländern verlangt entschiedenen Widerstand.

Der Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder stellt einen Bruch mit dem Nachkriegskonsens „Es soll nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen“ als wichtigste Lehre aus der jüngeren deutschen Geschichte dar. In vielen Ländern der Welt, im Irak, in Syrien, in der Ukraine und in weiten Teilen Afrikas toben Kriege.

Wieder sind deutsche Waffen – und oft auch deutsches Militär – beteiligt. Die Bereitschaft, „deutsche Interessen“ erneut mit militärischen Mitteln durchzusetzen ist in Regierung und Bundestag gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wieder politische Praxis geworden.

Gerade darum wollen wir den Tag zum Feiertag machen, den die Überlebenden als „Morgenröte der Menschheit“ erlebt haben, wie es der als Jude und Kommunist verfolgte Résistance-Kämpfer Peter Gingold ausgedrückt hat. Wir wollen am 8. Mai vor allem an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, so wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben. In diesem Sinne rufen wir auf:

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Unterzeichner_innen der Hamburger Erklärung zum 8. Mai 2015:

AG Gedenken Bergedorf, AK Denk-Mal, AK Distomo, Antifaschistisches Bündnis Bergedorf, Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V., AStA der Uni Hamburg, Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Barmbeker Initiative gegen Rechts, Brakula Bramfelder Kulturladen e.V., Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal, Bürgerinitiative Glinde gegen Rechts, Deutsch-Chilenisches Kulturzentrum e.V., Deutscher Freidenker-Verband Landesverband Nord e.V., DFG-VK Hamburg, DIE LINKE Landesverband Hamburg, DKP Hamburg, Fachschaftsrat der Sozialen Arbeit an HAW Hamburg, Geschichtswerkstatt St. Georg e.V., GEW LV Hamburg, Hamburger Bündnis gegen Rechts, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V., Initiative MIR, Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 e. V. (KFSR), Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg, Landesverein der Sinti in Hamburg e. V., Lesbenverein Intervention e. V., Lese-Zeichen Hamburg, Mechadasch Hamburg, Motorradclub Kuhle Wampe, NaturFreunde LV Hamburg e.V., ROM UND CINTI UNION e.V., RussPublika, St. Pauli-Archiv e. V., Stadtteiltreff A.G.D.A.Z. in Steilshoop e.V., Union d. ehem. pol. Gefangenen in Chile, Ver.di AntIRA, Ver.di LV Hamburg, VVN-BdA Hamburg, Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V., Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V.

Verbandsarbeit, Religion und Kirchenkritik

Aus dem Vorstand

Viele widrige Umstände haben unsere Arbeit im Landesverband behindert. Gemeint sind zahlreiche gesundheitliche Probleme in unserem Vorstand.

So gelingt es uns auch erst jetzt wieder einen regulären Rundbrief zu erstellen.

Ein sehr spürbarer Einschnitt in der Vorstandsarbeit war der lange Ausfall unseres Kassierers Gerd Adolph aus Kiel. Zeitweilig musste die Kassenführung von der Vorsitzenden des Landesverbands Nord übernommen werden. Dankenswerterweise hat sich Helmuth Sturmhoebel bereit erklärt die Kassenführung zu übernehmen. Auf der Vorstandssitzung am 17. April beschloss der Vorstand einstimmig die Kassenführung an Helmuth Sturmhoebel zu übertragen. Vorab hat er die Funktion des Revisors abgelegt. Für diese Funktion ist Gerd Adolph bereit und wird auch einstimmig bestätigt. Diese veränderten Funktionen gelten als kommissarisch bis zur Landeskonferenz Anfang 2016.

An dieser Stelle sei aber unserem Gerd auf das Allerherzlichste gedankt für seine Jahrzehnte lange Tätigkeit als Kassierer. Wir werden ihn auch nicht aus der Verantwortung lassen und weiter seine Erfahrungen und sein Wissen nutzen

und davon profitieren. Was wäre unser Rundbrief in den letzten Jahren ohne Gerds Korrekturarbeiten gewesen. Wenn es Gerd wieder gesundheitlich gut geht, werden wir ihn auch wieder bitten den Rotstift zu schwingen. An dieser Stelle nochmals DANKE!

WICHTIG: Bitte denkt an die Zahlung der Mitgliedsbeiträge. Ganz besonders freuen wir uns über Spenden, die zur Absicherung unserer Arbeit dienen

Unsere nächste Aktivität ist die Exkursion nach Neubrandenburg vom 5. bis 7. Juni. Wir werden ein sehr informatives Wochenende erleben, dank der vielen Vorarbeiten unseres Mitglieds Dr. Ellimarie Simon (Neustrelitz) der wir dafür schon jetzt danken.

Die oben angeführten gesundheitlichen Probleme im Vorstand haben auch dazu geführt, dass leider von unserem Landesverband beim letzten Vorstandsvorstand Ende März niemand dabei war. Aktuelle Informationen können aber auf der Homepage eingesehen werden.

Das Wochenendseminar in diesem Jahr im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ wird unter dem Motto „Leben ohne

Gott?“ stehen. Der Termin ist vom 25. bis 27. September. Anmeldungen können ab sofort vorgenommen werden. Als Referent konnten wir Christian Lührs (HVD) gewinnen. Er hat sich thematisch mit einer Buchveröffentlichung zum Thema befasst.

Angelika Scheer

Kirchen kassieren mehr Steuer- gelder denn je

450 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor

Das war die Schlagzeile Die Welt kompakt vom 06. 10. 14 veröffentlichte

Dieser Artikel erschien in der Zeitung WELT KOMPAKT.

Die Kirchen in Deutschland werden in diesem Jahr einem Medienbericht zufolge so viel Geld einnehmen wie nie zuvor. Wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtet, wird das Kirchensteueraufkommen nach den Rekordjahren 2012 und 2013 im laufenden Jahr noch einmal kräftig steigen, voraussichtlich um vier bis fünf Prozent. Die Katholische Kirche kann nach den jüngsten Steuerschätzungen der Bundesregierung mit zusätzlichen 250 Millionen Euro rechnen.

Zitat aus dem oben genannten Beitrag.

Passend zur Kriegszeit: Breitseiten gegen die Friedens- bewegung

Der Vorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbands, Klaus Hartmann, analysiert im nächsten „Freidenker“ (Nr. 1-2015) den Zustand der Friedensbewegung. Der Artikel ist auf der DFV-Internetseite verfügbar.

<http://kurzlink.de/VHqCFq5WP>

„Die Bedrohung des Weltfriedens ist mit der NATO-Aggression in der Ukraine und der psychologischen Kriegsführung gegen Russland erheblich gewachsen. Die Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung ist der Bedrohung völlig unangemessen.“

Der Befund ist kaum zu bestreiten. Der Artikel bietet einen breiten Überblick über all jene Kräfte und Ideologien innerhalb linker Organisationen und der „traditionellen“ Friedensbewegung, die lähmend und spaltend wirken und den Kriegsmedien in die Hände arbeiten. So haben viele auf die spontanen „Montagsmahnwachen für den Frieden“ mit Distanzierung reagiert. Sie haben es geschafft, die Trennung zwischen „alter“ und „neuer“ Friedensbewegung zu zementieren statt zu überwinden. Andere Teile der Friedensbewegung haben den Dialog mit der Mahnwachenbewegung gesucht. Ergebnis war die gemeinsame Aktion „Friedenswinter 2014/15“. Die Demonstration mit 4000 Teilnehmern vor dem Berliner Schloss Belle-

vue am 13. 12. 2015 war ein Erfolg. Danach aber ist der Sturm der Entrüstung über diese Friedensbewegung erst richtig losgebrochen.

Klaus Hartmann nennt linke Stichwortegeber der Herrschaftsmedien. Er beschreibt Rufmordkampagnen gegen Einzelpersonen (wie Ken Jebsen, Pedram Shahyar, Lars Mährholz). Er geht den berüchtigten Vorwürfen nach wie „Querfront“, „Antisemitismus“, „Verschwörungstheorie“ etc., die aus der „antideutschen Giftküche“ stammen. Die „antideutsche“ Ideologie wirkt auch unter anderem Namen weiter, z.B. in der Partei Die Linke durch die prozionistische Propaganda-Zentrale „BAK Shalom“ und in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. „Antideutsche“ Tendenzen gibt es auch in der verdienstvollen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten (VVN/BdA).

Die „Reformer“ in der Partei Die Linke wollen, der Partei den „Antimilitarismus austreiben“. Sie errangen einen Sieg, als die Bundestagsfraktion mit Mehrheit beschloss, Veranstaltungen der Friedensbewegung nicht zu unterstützen, wenn „Ken Jebsen, Lars Mährholz und weitere Organisatoren der sogenannten Mahnwachen“ beteiligt sind. Es findet ein innerparteilicher Kampf statt. Wer sich wie verhält, wird in dem Artikel genau registriert.

Es geht bei der Friedens- oder Antikriegsbewegung um klassische Bündnisse. In ihnen arbeiten unterschiedliche Klassenkräfte für ein konkretes Bündnisziel zusammen. Die Bündnispartner sind gleichberechtigt. Ihrer Weltanschauung ist mit Toleranz zu begegnen. Sie sind auch frei in ihren sonstigen Anschauungen, sofern sie den Bündniszweck nicht negativ tangieren. „Bündnisse sind nicht der Ort, um sich mit der Gesinnungsprüfung von Leuten zu beschäftigen, die einen gemeinsamen Aufruf gegen den Krieg unterschreiben und gegen den Krieg auf die Straße gehen.“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Wir bekräftigen die Feststellung Eugen Drewermanns ‚Der wichtigste Beitrag zur Friedenspolitik lautet: Raus aus der NATO!‘ Wir arbeiten und demonstrieren mit allen zusammen, die auch am 8. Mai 2015 darauf bestehen: ‚Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg‘.“

Aus: Freidenker-Brief Nr. 2/2015 v. 17. Februar 2015

Gerd Arntz; Holzdruck



Aus den Regionen

Bremen

Erklärung zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus

An unseren Opfern wurde von der NS-Militärjustiz die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen – allein über 30 000 Todesurteile und 23 000 Hinrichtungen. Mehr als 100 000 unserer Opfer haben KZ, Straflager und Strafbataillon nicht überlebt. Viele ehemalige Wehrmachtrichter haben nach dem Krieg weiterhin Karriere gemacht. Einige stiegen auf bis zu Bundesrichtern, wurden Minister und Filbinger Ministerpräsident. Erst mit seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 brandmarkte der Bundesgerichtshof die Wehrmachtjustiz als eine „Blutjustiz, deren Richter sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“. – Doch nicht einer der Wehrmachtrichter ist in der Bundesrepublik Deutschland jemals bestraft worden.

Unsere Opfer wurden nach dem Krieg als Feiglinge, Kriminelle und Verräter beschimpft und bedroht. Als Vorbestrafte hatten sie keine Chance auf eine sichere Zukunft. Viele sind gedemütigt und entwürdigt verstorben.

Erst im Oktober 1990 haben die letzten unserer Opfer die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ gründen können. Seitdem kämpfen wir auch im Bundestag um unsere Rehabilitierung und unsere späte Würde.

Die CDU/CSU geführte Bundesregierung weigerte sich, unsere Urteile aufzuheben, weil damit alle Soldaten der Wehrmacht ins Unrecht gesetzt würden und weil damit die Moral der Bundeswehr untergraben würde. Ende 1998 sagte uns die neue rot-grüne Regierung die pauschale Aufhebung unserer Urteile schriftlich zu. – Doch dann führte die Nato Krieg gegen Jugoslawien (gegen das Völkerrecht und ohne UN-Mandat) und Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping gaben vor, ein neues Auschwitz verhindern zu wollen. Was für eine schamlose Verhöhnung der Auschwitz-Opfer. Da hatten wir auch Rot-Grün als Verbündete verloren.

Erst im Mai 2002 wurden die Urteile wegen Desertion aufgehoben und erst im September 2009 die Urteile wegen Kriegsverrat – gegen den Widerstand der Bundeswehr. Dabei ist Kriegsverrat auch heute ein Beitrag für den Frieden und eine gerechtere Welt: Papst Franziskus beschuldigte bei seiner Ansprache im Europaparlament unsere reichen westlichen Länder, der Menschheit eine Weltwirtschaft aufzuzwingen zu haben, bei der jeden Tag für unseren Überfluss bis zu 30 000 Menschen elendig verhungern. Und diese Menschheitsverbrechen werden auch militärisch verteidigt.

Schon im Vietnamkrieg haben die USA über 3 Millionen Vietnamesen getötet, Hunderttausende mit Napalm grausam ermordet. Was haben die Vietnamesen ihnen denn getan?

Bundesvereinigung
Opfer der NS-Militärjustiz



Vor 12 Jahren wurde der Irak mit einer Lüge über angebliche Massenvernichtungswaffen überfallen und fast vollständig zerstört. Hunderttausende Tote und Ermordete. Plünderungen und Folterungen – begangen von unseren Ländern.

Und wie ist es überhaupt möglich, dass ein Oberst Klein, der in Afghanistan einen tödlichen Luftangriff auf über 140 Zivilisten (meist Frauen und Kinder) befohlen hat, dafür nicht bestraft wird, sondern bald darauf zum General befördert wurde. Was für ein schlimmes Zeichen für künftige deutsche Kriegsverbrechen.

Wir in diesem reichen Land, von keinem bedroht, belastet mit dem deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg mit mehr als 50 Millionen Toten, sind aufgerufen zu gewaltfreien Handeln – sich einzusetzen für Gerechtigkeit, das Leben und den Frieden.

*Bremen, im April 2015
Ludwig Baumann, Wehrmachtdeserteur
BV Opfer der NS-Militärjustiz e.V.
Gemeinnützig anerkannter Verein
www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de*

Schleswig-Holstein

Kiel: Volksinitiative für sogenannten Gottesbezug gestartet

Die Unterlegenen können keine Ruhe geben. Nach der Niederlage im Landtag von Schleswig-Holstein, nach der der „liebe Gott“ nichts in der Verfassung des Landes zu suchen hat, bemühen sich prominente Sozialdemokraten und Christdemokraten für eine Kehrtwendung und haben eine sogenannte Volksinitiative für die Aufnahme des Gottesbezugs in die schleswig-holsteinische Länderverfassung gestartet. Also ein Hinweis auf etwas was es nicht gibt, sondern eine Erfindung die zwar sehr alt ist und weltweit seit es z.B. schriftliche Aufzeichnungen der alten Griechen und anderer Völker gibt – aber durch nichts bewiesen worden ist. Ein gewisser Herr Carstensen (CDU), ein Ministerpräsident, so in einer Pressemitteilung, warb für ein breites gesellschaftliches Bündnis: Der Gottesbezug mache deutlich, höheren Werten verpflichtet zu sein als den menschlichen Gesetzen! Für was gibt es eigentlich demokratisch verfasste Gesetze? Für die Initiative sind auch der derzeitige Ministerpräsident Torsten Albig und der ehemalige Regierungschef Björn Engholm (beide SPD). Sogenannte höhere Werte gab es schon im Mittelalter. Wir Freidenker besuchen im Juni d. J. u.a. das sog. Hexenmuseum in Penz-



Cap Arcona- Gedenken

70 Jahre danach

am 3. Mai Neustadt i. H.

lin in Mecklenburg-Vorpommern. Dort kann man die Namen der ermordeten „Hexen“ bzw. „Hexer“ tausendfach wiederfinden und nachlesen. Alles im Namen sog. höheren Werte. Doch die meisten Menschen wurden damals denunziert wegen des schnöden Mammons und der Bereicherung durch ihre lieben christlichen Nachbarn angezeigt. Sie landeten meistens auf dem Scheiterhaufen. Das sollten sich die Herren und Damen der sogenannten Christ- und Sozialdemokraten, die die Initiative zur Rettung des Abendlandes gestartet haben überlegen.

U. Sch.

Von Erlassen und fehlenden Daten Beim Ersatz des Religionsunterrichts an Grund- schulen agiert Schleswig-Holstein im Blindflug

Schleswig-Holsteins Grundschulen tun sich weiter schwer mit Alternativen zum Religionsunterricht. Obwohl das Schulrecht für Kinder ohne christlichen Hintergrund schon seit 2011 das Fach Philosophie vorsieht, wird der entsprechende Erlass an vielen Schulen ignoriert. An wie vielen Schulen – das bleibt auch nach einer Kleinen Anfrage der Piratenpartei unklar. Entsprechende Daten werden nicht erhoben.

Grob geschätzt 40 Prozent der Grundschüler in Schleswig-Holstein gehören keiner oder jedenfalls keiner christlichen Religion an, Tendenz seit Jahren steigend. All diese Schüler nehmen nach geltender Rechtslage nicht am Religionsunterricht teil, solange ihre Eltern das nicht ausdrücklich fordern. Stattdessen erhalten sie nach § 7 des Landesschulgesetzes „gleichwertigen Unterricht“ – in der Regel im Fach Philosophie. Soweit die Theorie. Die Praxis ist an vielen Grundschulen des Landes eine andere: Weder werden die Eltern hier über die Rechtslage aufgeklärt, noch gibt es adäquaten Ersatzunterricht. Und wenn ein Elternteil querschießt, wird der Schüler während des Religionsunterrichts auch schon mal mit Hörspielen in die Nebenkasse gesetzt – so geschehen an einer Grundschule im Kreis Steinburg.

In welchem Ausmaß die Vorgaben missachtet werden, das aber konnte auch eine aktuelle Anfrage der Piratenfraktion nicht aufklären. „An wie vielen Schulen wird Philosophieunterricht angeboten?“, hatten die Abgeordneten Sven

Krumbeck und Uli König darin wissen wollen, und: „Wie viele Schülerinnen und Schüler entscheiden sich für die Teilnahme am Philosophieunterricht?“. Die Antwort von Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) ist überschaubar: Fächerspezifische Daten würden bislang nur für die Oberstufe erhoben, ließ sie wissen, frühestens 2018 sei mit entsprechenden Informationen auch für Grundschulen zu rechnen.

Im Ministerium geht man dennoch davon aus, „dass der Erlass in der Regel umgesetzt wird“, wie Sprecher Thomas Schunck betont. Und zwar allein deshalb, weil man keine gegenteiligen Erkenntnisse habe. Für die allerdings würde wohl schon ein Anruf beim Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) reichen, das im Auftrag des Bildungsministeriums die Wirksamkeit von Unterricht und Lehrerbildung verbessern soll. Erst kürzlich hatte Monika Krahn-Schulte, Fachberaterin des IQSH für das Fach Philosophie, im Gespräch mit dem Holsteinischen Courier beklagt, dass viele Schulleiter die Vorgaben schlichtweg ignorieren und weiterhin „alle Kinder in den Religionsunterricht packen.“

Auch Anke Erdmann, bildungspolitische Sprecherin der Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen, kennt solche Beispiele: „Es ist richtig, dass es Probleme bei der Umsetzung gibt“, sagt sie gegenüber „nd“. Teilweise fehle es an geeigneten Lehrkräften für das Fach Philosophie, andernorts gebe es mit den Themen Inklusion und Unterrichtsversorgung wichtigere Probleme – „auch wenn die Erlasslage schön wäre“.

Während Eltern also vielerorts dicke Bretter bohren müssen, um ihren Kindern eine Alternative zum Religionsunterricht zu bieten, plant die Landesregierung bereits den nächsten Schritt: Ein von Bekenntnis gelöst und konfessionsübergreifend gestalteter Lehrplan wird angestrebt, erste Absprachen mit der Nordkirche gibt es bereits. Dass Schüler ohne konfessionelle Bindung dabei am Ende auf der Strecke bleiben könnten, weist Ministeriumssprecher Schunck zurück: „Wenn vom Religionsunterricht gesprochen wird“, sagt er, „denken wir das Thema Philosophie als Ersatzfach immer mit.“

Aus GEGEMWIND-Politik und Kultur in Schleswig-Holstein; Ausgabe März 2015, mit freundlicher Genehmigung des Verfassers veröffentlicht.

Olaf Harning

„Verfolgt-Verurteilt-Vergessen“



„Unter dem Titel „Verfolgt-Verurteilt-Vergessen“ ist eine Broschüre zum Thema Militärjustiz in Lübeck erschienen. Der Historiker Manfred Bannow informiert zum einen in der Veröffentlichung über die Schicksale von

Lübecker Bürgern und Bürgerinnen, die aus unterschiedlichsten Gründen wegen Wehrkraftzersetzung oder Fahnenflucht zu Haftstrafen bzw. zum Tode verurteilt wurden.

Zum anderen wird die Tätigkeit des ehemaligen Lübecker Stadtpräsidenten Gerhard Gaul als Marinerichter dokumentiert, der in der Zeit von 1942-1945 mehrere Marinesoldaten zum Tode verurteilt hat.

Zum Preis von 5 Euro, ist die Broschüre unter der Mail-Adresse m.bannow@online zu beziehen.“

Tausende gegen sieben Minister

In Lübeck haben heute mehr als 3000 Menschen gegen das Treffen der G7-Außenminister in der Hansestadt demonstriert. Trotz zahlreicher Provokationen der Polizei und der Stimmungsmache der Massenmedien im Vorfeld blieben Zwischenfälle weitgehend aus. Die Organisatoren zogen über Facebook Bilanz: „Danke an alle solidarischen Menschen, die heute mit uns gemeinsam ein starkes Zeichen gegen das G7-Außenministertreffen gesetzt haben. Wir waren mehr als 3000 Menschen! Von uns aus sind alle Aktionen beendet. Morgen wird der Sicherheitswahnsinn der Polizei ins Leere laufen! Wir sehen uns in Elmau!“

Die Kampagne „Block G7“ sorgte im Anschluss an die Demonstration mit mehreren Straßenblockaden dafür, dass die Polizisten nicht völlig unbeschäftigt blieben. In welcher Form solche Aktionen auch am morgigen Sitzungstag stattfinden, soll offenbar spontan entschieden werden.

Demonstration am Dienstag in Lübeck. Foto: Stop G7 Lübeck



Versuche den Ostermarsch von KZ Gedenkstätte Ladelund nach Bramstedtlund 2015 zu verbieten!

Ostermärsche sind etwas so Altbackenes, da lächelt der Staatsapparat nur, das denken die meisten politisch Aktiven vermutlich. Bewegt sich so ein Ostermarsch jedoch an einen Ort, an dem der Mantel des Schweigens über einer militärischen Anlage etwas angehoben wird, stört solch ein harmloser Osterspaziergang anscheinend doch.

Der Ostermarsch von der KZ-Gedenkstätte Ladelund zum ELOKA Standort Bramstedtlund jedenfalls wurde vom Landkreis Nordfriesland verboten und musste erst gerichtlich durchgesetzt werden.

<http://www.bundeswehrabschaffen.de/cms/aktuell/aktuell150407.htm>

Information DFV-VK Oldesloe

Mehr auf <http://www.bundeswehrabschaffen.de>

Eine Information der Deutschen Friedensgesellschaft / Verband der Kriegsdienstgegner (DFV-VK)

Hamburg

Flüchtlinge brauchen Unterstützung

Appell aus der Hamburger Zivilgesellschaft

Immer mehr Menschen flüchten vor Krieg, Terror und Verfolgung – auch zu uns. Hamburg will allen Schutzsuchenden Unterbringung und eine angemessene Betreuung gewähren.

Seit vielen Monaten wächst in unserer Stadt die Hilfsbereitschaft und nachbarschaftliche Solidarität vieler Bürgerinnen und Bürger. In der Nähe vieler Flüchtlingsunterkünfte entstehen Unterstützergruppen und Runde Tische. Die Behörden, Bezirksamter und Einrichtungen arbeiten intensiv daran, die Unterbringung aller Flüchtlinge in kürzester Zeit zu ermöglichen. Dabei ist es in einem Stadtstaat besonders schwierig, gute und brauchbare Unterkünfte zu finden.

Mit Blick auf den kommenden Winter ist es nicht nur wichtig, dass in allen Teilen der Stadt weitere feste Notunterkünfte errichtet werden, sondern auch, dass die solidarische Unterstützung der Bevölkerung nicht nachlässt. Jetzt ist die Zeit für praktizierte Solidarität und Humanität. Gemeinsam kann und wird Hamburg diese Herausforderung meistern: Wenn alle mit anpacken, schaffen wir das!

Darum appellieren wir an die Stadt Hamburg und ihre Bevölkerung:

- Unterstützen Sie die Behörden bei der Suche und Einrichtung von Notunterkünften. Jede verfügbare, geeignete Fläche wird gebraucht – schnell und unbürokratisch.
- Gründen Sie Willkommens-Initiativen. Flüchtlinge brauchen nachbarschaftliche Unterstützung und persönliche Hilfe.
- Wir bitten Behörden, Bezirke und Parteien, jetzt trotz aller berechtigten Einzelinteressen an einem Strang zu ziehen und gemeinsam für eine menschenwürdige und sichere Unterbringung der Flüchtlinge in Hamburg zu sorgen.

Hamburg ist eine engagierte, weltoffene und tolerante Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass es so bleibt!

*Zahlreiche Unterstützer haben den Appell unterzeichnet
www.hamburg.dgb.de/presse/++co++
4dc9649a-4ece-11e4-94f7-52540023ef1a
Pressemitteilung – 08.10.2014*

Bitte vormerken:

5. Antifaschistische Hafentage vom 29.5.-31.5.2015

Programm: <http://www.spanienkaempfer.de/index.php/terminanzeige/id-5-antifaschistische-hafentage-wolf-hoffmann.html>

Rückfragen bitte an: brigadistas36@gmx.de

Die letzten Hafentage haben immer wieder Erstaunliches hervorgebracht.

Sei es der vergessene antifaschistische Widerstand der internationalen Transportarbeiter und Seeleute oder die unbewusste Übernahme von Nazipropaganda in linken Kreisen und Strömungen.

Für die Betrachtung der sowjetischen Hilfe für die spanische Republik gilt Ähnliches. Es existiert heute eine Mischung aus Hass, Unwissenheit und Demagogie, vermischt mit einer kontraproduktiven Betrachtungsweise, die uns die Sprache verschlägt.

Unser ehrliches Bemühen ist, diesen Ansichten entgegenzutreten.

Wir freuen uns, euch auf den 5. Antifa-Hafentagen begrüßen zu können!



Antifaschistische Hafentage 2014

Spanien im Herzen

Lieder des Spanischen Bürgerkrieges 1936 – 1939



Vorstellung der neuen 7 CD-Box von Bear Family Records España en el corazón. Canciones de la Guerra Civil Española Spain in my heart. Songs of the Spanish Civil War Die von Jürgen Schebera herausgegebene Edition versammelt mehr als 210 Lieder, wie sie im spanischen Volk, in der Republikanischen Volksarmee und bei den Internationalen Brigaden gesungen wurden. Von besonderer Authentizität sind dabei ca. 50 zeitgenössische Schellackeinspielungen aus Spanien, Frankreich und den USA. Das 315-seitige dreisprachige, reich illustrierte Begleitbuch enthält neben den Liedtexten und Kommentaren Auszüge aus zeitgenössischen Spanienreportagen von Ernest Hemingway bis Ludwig Renn.

DGB-Senioren fordern seit Jahren eine Seniorenkarte für den Verkehrsverbund in Hamburg

**1330 Unterschriften wurden jetzt im Rathaus übergeben Foto: kg
In anderen Städten fahren Senioren günstiger**

City Seit mehr als zehn Jahren setzen sich der Seniorenbeirat Mitte und andere Seniorenvertretungen aus allen Bezirken Hamburgs dafür ein, dass die Seniorenkarte rund um die Uhr gültig ist und nicht erst ab 9 Uhr. „Der HVV stellt sich bisher aber leider quer“, bedauert Dieter Grimsmann, der Vorsitzende des Seniorenbeirats Mitte. Somit bleibe es vorerst bei der Nutzung von Bussen und Bahnen für Verkehrsteilnehmer ab 63 Jahren im Zeitraum von 9 Uhr bis Betriebsschluss. Wie bereits berichtet, wollen sich Hamburgs Senioren das nun aber nicht mehr länger gefallen lassen und haben mit einer Unterschriftensammlung eine neue Offensive gestartet. Nur wenige Wochen später wurden jetzt bereits 1330 Stimmen im Rathaus übergeben.

Waarum will der Seniorenbeirat eine Seniorenkarte, die schon vor 9 Uhr gilt? „Viele Senioren engagieren sich ehrenamtlich und sind schon früh unterwegs“, erklärt Grimsmann. Wer dann vor 9 Uhr fahre, müsse zu seiner regulären Monatskarte noch einen Fahrschein extra lösen. Das sei für viele ältere Menschen und bei steigenden Zahlen im Bereich der Altersarmut sowie niedrigen Renten,

fast unmöglich. „Mit dieser ungerechten finanziellen Mehrbelastung muss Schluss sein!“ dafür kämpfen Hamburgs Senioren. Mit den Unterschriftenlisten ist eine Delegation jetzt zur Übergabe ins Rathaus gegangen und hofft, dadurch eine größere Aufmerksamkeit und bessere Bedingungen zu erzielen. Dass ältere Verkehrsteilnehmer von den sogenannten Spitzenzeiten ausgeschlossen sein sollen, empfinden diese als „nicht mehr zeitgemäß“. In anderen Städten wie Berlin, Köln und München würden Seniorenkarten angeboten, die rund um die Uhr gültig und sogar auf andere Personen übertragbar seien. In Bielefeld sei es möglich, auf der Seniorenkarte andere Personen mitzunehmen. Der Seniorenbeirat Hamburg hat zur Unterstützung seiner Forderungen in allen Einrichtungen, in denen sich Senioren treffen, um Unterschrift gebeten. „Sehr schnell sind bei dieser Aktion die 1300 Unterschriften zusammengekommen, die wir nun dem Senat überreichen konnten.“ Natürlich wird auch weitergesammelt, um den Druck auf die Politik zu erhöhen. „Wir geben nicht auf“, betont Grimsmann. „Wir fordern mehr Mobilität und keinen Ausschluss aus dem allgemeinen Leben mit der sofortigen Einführung einer Fahrkarte, die rund um die Uhr gültig ist.“

Eine Initiative des Kabarett „Pollittbüro“ in Hamburg:

Liebe NewsletterInnen,

gern nehmen wir die Anregung einer Zuschauerin auf und leiten Euch den link zur Petition des Kabarettformats „Die Anstalt“ zum Thema Reparationszahlung an Griechenland weiter.

Der link: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2015/_03/_11/Petition_57928.html

Der Text:

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

1. Deutschland bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung gegenüber Griechenland und der Notwendigkeit, Reparationszahlungen an Griechenland zu leisten.
2. Deutschland bekennt sich zu der Verpflichtung der Rückzahlung der Zwangsanleihe bei der Bank von Griechenland.
3. Die Bundesregierung wird beauftragt, mit der griechischen Regierung Verhandlungen über die Modalitäten der Reparationszahlungen und der Rückzahlung der Zwangsanleihe aufzunehmen

Begründung

Mit Schweigen, juristischen Tricks und Verzögerung hat sich Deutschland jahrzehntelang vor der Leistung notwendiger Reparationszahlungen und (!) der Rückzahlung der Zwangsanleihe gedrückt. Völlig zurecht verlangt die aktuelle griechische Regierung, dass Deutschland sich nicht nur verbal zur Verantwortung für die Untaten des Nazismus in Griechenland bekennt.

Beste Grüße von
Lisa Pollitt und Gunter Schmidt

Nachruf

Ingrid Belgart-Nebel lebt nicht mehr.

Unser Mitglied Ingrid wurde am 17. Oktober 1945 geboren und verstarb am 01. März 2015 im Krankenhaus.

Unser Verband verliert mit ihr ein Mitglied, das zwar aus gesundheitlichen Gründen in den letzten Jahren nicht mehr aktiv am Verbandsleben teilgenommen hat, aber immer mit großem Interesse die Aktivitäten verfolgte und kommentierte. Neben unserem Rundbrief hat sie sich immer sehr auf das Erscheinen des FREIDENKER gefreut.

Neben der Mitgliedschaft im DFV war Ingrid Abonnentin und Genossenschaftsmitglied der „jungen Welt“. Darüber hinaus war sie Mitglied im Förderverein zum Erhalt der Ernst Thälmann- Gedenkstätte in Hamburg.

Ganz persönlich sind wir Ingrid dankbar für ihre aktive Solidaritätsarbeit in der Zeit des Berufsverbotsverfahrens gegen Uwe Scheer. Aktiv hat sie die Arbeit geprägt und uns solidarisch und freundschaftlich Kraft gegeben.

Auch mit ihrem Mann und unserem Mitglied Jürgen in unserem Landesverband verbindet uns eine innige persönliche Freundschaft. Viele schöne und schwere Momente haben wir vier gemeinsam erlebt.

Ich bin dankbar, dass Jürgen auch im Sinne von Ingrid die solidarische Arbeit auf den verschiedenen Ebenen fortführt.

Ingrid und Jürgen gingen oft nach dem Einkauf an unserem Fenster vorbei. Dann winkten wir uns freudig zu. Das fehlt!

Angelika Scheer
Vorsitzende DFV Nord e. V.
und Freundin

Niedersachsen

Jugendliche besuchten Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte

Am 07.02.2015 besuchten die Teilnehmer in Vorbereitung auf die Jugendfeierstunde 2015 in Braunschweig die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte. Die Gedenkstätte befindet sich auf dem Gelände der Salzgitter AG und um 9:30Uhr trafen sich die Teilnehmer vor Tor 1 des Werkes. Nach dem Betreten des Betriebsgeländes gab es eine kurze Einleitung zur Entstehung der ehemaligen Hermann Göring Werke auf der „Grünen Wiese“ und deren Aufgabe. Die Rüstungsindustrie brauchte Stahl und um von Rohstoffimporten unabhängig zu sein, begann man Erzlagerstätten, welche bis dahin nicht genutzt wurden, weil der Aufschluss des Erzes zu aufwendig war, unter Berücksichtigung aktueller technologischer Entwicklungen, auszubeuten.

Zur Produktion wurden Arbeiter gebraucht und angeworben, allein konnte der Bedarf so nicht gedeckt werden und besonders nach Kriegsbeginn, wo viele Männer zum Wehrdienst eingezogen wurden, wurde der Bedarf an Arbeitskräften durch Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten und ab Ende 1942 auch durch KZ-Häftlinge gedeckt. Das Leben letz-

terer war Gegenstand der Jugendstunde.

In einer ehemaligen Bushaltestelle aus den 1950iger Jahren, an der Hochstraße, über dem ehemaligen Lagerbereich gelegen, wurden das Lager an Hand eines Modells und verschiedene Abläufe im Leben der Häftlinge erklärt. Anschließend ging es eine Treppe hinab, unter der Hochstraße hindurch, in den Lagerbereich. Nach kurzen, weiteren Erläuterungen durch die Leiterin der Gedenkstätte, ging es in eine der ehemaligen Unterkünfte der Häftlinge unter der Hochstraße. Dort gab es weitere Erläuterungen, sowie Gruppenarbeiten zu verschiedenen Themen, wie z. B. Kleidung, Essen, Arbeiten, Leben, Außenkontakten der Häftlinge. Die einzelnen Sachgebiete konnten in der Ausstellung erarbeitet werden und die Ergebnisse wurden von den Gruppen vorgetragen und anschließend diskutiert. Erschreckend unter welchen Bedingungen die Häftlinge lebten und arbeiteten, ihrer Würde beraubt, wurden sie wie Vieh gehalten und behandelt, ein Menschenleben zählte nicht. In den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges wurden die Häftlinge abtransportiert, in einem Zug bombardiert, von SS und Bürgern gehetzt, zum Teil wahllos erschossen und weiter getrieben. .

Warum ist es notwendig sich heute mit dieser Vergangenheit zu beschäftigen? Faschismus ist keine Erscheinung der Vergangenheit, er ist gegenwärtig und faschistische Ideologie ist in breiten Bevölkerungsschichten präsent, zum Teil zwar unterbewusst, aber gerade auch aus diesem Grund um so gefährlicher. Jüngste Entwicklungen hierzulande, wie Pegida und ihre Ableger zeugen davon.

Die Gedenkstätte in Salzgitter wurde nach langem Kampf, wie ich im letztem Jahr von einem Freidenker aus Salzgitter erfahren konnte, in den 1990iger Jahren erst eingerichtet, also zu einer Zeit, als die Nachkriegsordnung in Deutschland, mit dem Untergang der DDR schon erhebliche Veränderungen erfahren hatte. In diesem Zusammenhang sei erwähnt,

dass in der DDR in solchen Zusammenhängen immer die Rede vom deutschen Faschismus oder andersgeartetem Faschismus war und in der BRD, wie heute üblich, vom Nationalsozialismus oder verkürzt von Nazismus gesprochen wurde. Das in diesem Zusammenhang das eigentliche Wesen des deutschen Faschismus verschleiernde Propaganda der Faschisten übernommen wurde, scheint nur wenigen bewusst. Denn Faschismus ist weder sozial, noch national, selbst wenn er nationalistisch daherkommt.

Th. Loch

Info-Nachmittag zur Jugendweihe Die Veranstaltung findet im Naturfreundeheim am Südsee statt.

Braunschweig. Die Naturfreundejugend Braunschweig, der Deut-sche Freidenker Verband Niedersachsen und der Humanistische Verband Niedersachsen veranstalten, anknüpfend an eine über hundertjährige Tradition der Braunschweiger Freidenker, am 25. April 2015, ein Jugendweihe-Fest Inder Stadthalle.

Die Jugendweihe ist ein Bestandteil weltlicher Feierkultur, der den Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter kennzeichnet.

Eine Info Veranstaltung findet am Sonntag, 12. Oktober, von 14 Uhr an im Naturfreundeheim am Südsee, Schrotweg 112, statt. Anmel-dungen und weitere Infos: Montag bis Freitag, 10 bis 17 Uhr, im Naturfreundeladen, Goslarsche Straße 99, (0531) 89 00 18, E-Mail: naturfreundeladen@web.de. Infos zu den einzel-nen Terminen, Kosten und Veran-staltungen sind unter dem Stichpunkt Jugendweihe unter www.nfj-bs.de zu finden.

Braunschweiger Zeitung vom 1909-2014

Armut steigt in den Städten

Neu erschienen: Eine Studie des Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

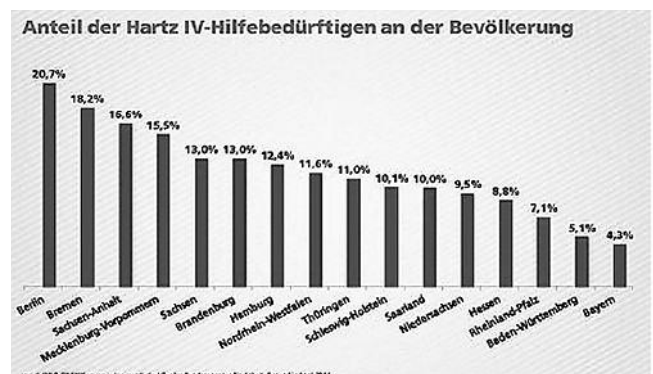
In den Städten Deutschlands sind 22 Prozent der Menschen arm oder armutsgefährdet. 2006 bis 2012 ist dieser Anteil um 2,5 Prozentpunkte gestiegen. In ländlichen Regionen sind es 14 Prozent. Hier betrug der Anstieg „nur“ einen halben Prozentpunkt. Besonders betroffen sind Erwerbslose. Die Zahlen berücksichtigen, dass Leben in den Städten teurer ist, vor allem die Mieten. So eine Studie des arbeitgeberfinanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Die Lage muss sofort verbessert werden. Deshalb müssen die Hartz IV-Sätze kräftig erhöht werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert 447 statt 391 Euro im Monat (plus Wohnkosten). Das wäre das Mindeste. Davon will das IW allerdings nichts wissen.

Stattdessen fordert es einen niedrigeren Mindestlohn im Osten als im Westen, weil die Kaufkraft dort niedriger sei. Damit würde der Lohnrückstand zementiert – 25 Jahre nach der Einheit! Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland müssen das Ziel sein. Wie es das Grundgesetz vorgibt. Deshalb ist ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn richtig. Er muss möglichst schnell auf zehn Euro steigen.

Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit dürfen wir nicht allein lassen. Sie brauchen mehr Geld von Bund und Ländern um Armut zu bekämpfen. Die finanzschwächeren Länder müssen von den stärkeren unterstützt werden. Wir brauchen deshalb weiter einen starken und solidarischen Länderfinanzausgleich.

Entnommen der Wirtschaftspolitik Aktuell (Wipo) 14/2014
der Gewerkschaft ver.di



Schluss mit dem Schulfrieden – Solidarität mit den streikenden LehrerInnen! SDAJ solidarisch mit Streikenden

Ausschnitt aus der Erklärung

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

wir, arbeitende und lernende Jugendliche solidarisieren uns mit eurem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und eurem heutigen Streik. Wir begrüßen eure Aktivität auf der Straße sehr und wünschen euch viel Ausdauer und Erfolg!

In Zeiten der Krise wird uns allen gesagt, wir müssen „den Gürtel enger schnallen“, die Kassen seien leer und deshalb sollen alle sparen. So auch in den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Dabei wurden Kürzungen von der Bundesregierung und den Ländern rigoros geplant und durchgedrückt. Gekürzt wird im öffentlichen Bereich, das spüren LehrerInnen wie SchülerInnen. So hat der Verhandlungsführer der Länder Bullerjahn (SPD) angekündigt nun eure Betriebsrente abbauen zu wollen, um Forderungen zu ermöglichen. So sieht ihre Politik aus: die kommunalen Kassen bleiben leer, für Banken und Konzerne aber stellen sie Milliarden bereit.

Gute Bildung geht anders

Mit dem Kürzen im Bildungsbereich verschlechtern sie eure Arbeitsbedingungen und damit auch die Lernbedingungen von uns SchülerInnen. Für uns Jugendliche bedeuten diese Kürzungen vor allem steigende Kosten bei Lehrmaterialien, bundesweiter Umbau zur Zweigligierigkeit und Schmalspurausbildung für breite Teile statt Bildung, die sich an unseren Bedürfnissen orientiert. Es wird auf flexible und günstige Arbeitskräfte gesetzt. Bildung bedeutet in ihren Augen lediglich, uns für den Arbeitsmarkt zu formen. Entsprechend den Wünschen der Personalstellen der Unternehmen. Hier geht unser Bedürfnis nach allumfassender Bildung verloren.

6. März 2015

Die Deutschen doch besser als ihr Ruf?

Studie: Linksextreme Einstellungen sind weit verbreitet

Wissenschaftler der Freien Universität Berlin präsentieren Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu demokratiefährdenden Potenzialen des Linksextremismus
Nr. 044/2015 vom 23.02.2015

Linksextreme Einstellungen sind einer Studie von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin zufolge in Deutschland weit verbreitet. So kam in einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Forschungsverbunds SED-Staat der Universität, bei der die Befragten Aussagen über Demokratie und Gesellschaft bewerten sollten, häufig eine kritische Haltung gegenüber der praktizierten Demokratie in Deutschland zum Ausdruck. In der Untersuchung wurden die Teilnehmer befragt, in wieweit sie verschiedenen Dimensionen eines linksextremen Einstellungsmusters zustimmten oder diese ablehnten. ... Die Forscher ermittelten auf dieser Basis, dass ein Sechstel der Gesamtbevölkerung (Westdeutschland: 14 Prozent; Ostdeutschland: 28 Prozent) eine linksradikale/linksextreme Grundhaltung hat. Dabei weisen vier Prozent ein nahezu geschlossenes linksextremes Welt- und Gesellschaftsbild auf, 13 Prozent stimmen überwiegend den jeweiligen Facetten eines linksextremen Einstellungsmusters zu.

Die durchschnittliche Zustimmung zum Einsatz politisch motivierter Gewalt – sei es gegen Personen oder Sachen oder als Gegengewalt – gegen die als strukturell empfundene Gewalt „des Systems“ – lag in der Umfrage bei sieben Prozent. Von den als linksextrem eingestuften Personen befürworteten 14 Prozent Gewaltanwendung. Das für die Wissenschaftler erstaunlichste und für sie nicht zu erklärende Ergebnis ergab sich bei der Frage nach dem staatlichen Gewaltmonopol. Nur knapp die Hälfte sprach sich für seine

Beibehaltung aus; 46 Prozent waren für seine Abschaffung.

In der Umfrage hielten mehr als 60 Prozent der Befragten die Demokratie nicht für eine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen hätten. Nahezu 50 Prozent konstatierten eine zunehmende Überwachung linker Systemkritiker durch Staat und Polizei, etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) befürchteten der Studie zufolge, dass Deutschland durch eine zunehmende Überwachung von Bürgern auf dem Weg in eine neue Diktatur sei.

... Weitere Einzelergebnisse der Studie:

Ebenfalls weit verbreitet ist den Wissenschaftlern zufolge eine fundamentale Kritik an der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Jeder Dritte stimmte der Auffassung zu, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) assoziierte Kapitalismus mit kriegerischen Auseinandersetzungen.



Einige Besucher auf der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag vom Stadtteiltreff AGDAZ und DFV Hamburg am 6. März 2015

Die von Linksextremisten aufgestellte Behauptung, „Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus“, bejahte etwa ein Sechstel (16 Prozent) der Bevölkerung; ein ähnlich großer Anteil der Befragten (18 Prozent) sah die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland. Knapp 30 Prozent (Ostdeutschland 35 Prozent; Westdeutschland: 28 Prozent) gaben an, sie könnten sich eine wirkliche Demokratie nur ohne Kapitalismus vorstellen.

Ein Fünftel der Bevölkerung (Ostdeutschland: 24 Prozent; Westdeutschland: 19 Prozent) hielt eine Verbesserung der Lebensbedingungen durch Reformen nicht für möglich und

plädierte für eine Revolution. ...

Die Ergebnisse des Projektes erscheinen am 23. Februar 2015 als Buch: Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder: *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie*, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main, 653 Seiten, 29,90 Euro.

Eine längere Zusammenfassung der Ergebnisse des Projektes kann beim Forschungsverbund SED-Staat angefordert werden. Dort können auch Interviewwünsche angemeldet werden. Tel.: 030/838-52091, E-Mail: apt@zedat.fu-berlin.de

Kultur

Musik

Und weil der Mensch ein Mensch ist

Liebe Freunde und Freundinnen der Grenzgänger-Musik!

Die Aufnahmen zu unserem neuen Album „Und weil der Mensch ein Mensch ist“ sind abgeschlossen, das 40-seitige Booklet und das Digipak sind im Druck und ein erster Song ist mit einem kleinen Video auch schon zu hören:

Geschrieben hat ihn Johann „Johnny“ Hüttner 1937 während seiner Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden. Johnny Hüttner alias Nathan Hirschtritt kämpfte aktiv im Wider-

stand gegen den Faschismus und war viele Jahre im KZ Sachsenhausen und ab 1942 auch in Auschwitz inhaftiert. Im April 1945 konnte er während eines Fliegerangriffs aus der KZ Aussenstelle Auschwitz-Dora fliehen.

Das Video ist hier zu sehen:

http://www.folk-song.de/grenzgaengermusik_58.html

Das Album ist ab 2. Mai lieferbar.



Literatur

Buchlesung auf dem Wochenendseminar 25. bis 27.9.2015

Der Autor und Mitglied des Beirats des DFV Dr. Heinz Jürgen Schneider (Hamburg) wird auf dem angekündigten Wochenendseminar im September (s. Tipps und Termine) aus seinem neuen Buch lesen. Er teilt uns mit:

Der Arbeitstitel des nächsten Buches lautet „Im Land der Lügen“. Ob der Bremer Verlag – natürlich ein kleiner – es wie

mir mitgeteilt, zum Jahresende schafft, wir werden sehen. Es geht um einen unter Terrorismusverdacht verhafteten linken Journalisten aus Hamburg.

Wenn das Buch noch nicht gedruckt vorliegt, wird er aus dem Manuskript lesen

U. Sch.



Der Politische Islam

Imad Mustafa

Der Politische Islam

Zwischen Muslimbrüdern, Hamas und Hizbollah



Zwischen Muslimbrüdern, Hamas und Hizbollah
Imad Mustafa

ISBN 978-3-85371-360-0, br., 232 Seiten, 17,90 Euro; als E-Book unter der ISBN Nr. 978-3-85371-814-8 erhältlich

Täglich in den Medien verbreitete Begriffe wie „Fundamentalisten“, „Extremisten“ oder „Terroristen“ assoziieren den Islam mit irrationalen

Formen von Gewalt- und Herrschaftsausübung. Das vorliegende Buch lässt die Protagonisten der islamischen Welt selbst zu Wort kommen, deren Stimmen nach dem „Arabischen Frühling“ lauter und vernehmbarer geworden sind.

Imad Mustafa stellt die bekanntesten politischen islamischen Bewegungen und Denker in einen historischen und gesellschaftlichen Kontext, indem er ihre programmatischen Schriften und Reden übersetzt und kritisch analysiert. Er tritt damit zugleich den Nachweis an, dass es sich bei den vorgeestellten Gruppen aus dem Nahen Osten und Nordafrika um genuin politische Organisationen handelt.

Näheres zum Buch:

<http://www.mediashop.at/typolight/index.php/buecher/items/imad-mustafa---der-politische-islam>



DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND E.V.

LANDESVERBAND NORD. E.V.

Rundbrief

Herausgeber: Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.
Redaktion: Uwe und Angelika Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg, Tel. (0 40) 6 31 62 60

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 1/2015: 30.11.2014
Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.
IBAN: DE54200100200108359207, BIC PBNKDEFF
Postbank Hamburg; Satz und Druck: GNN Verlag mbH, Köln

In Kooperation mit dem DFV Landesverband Niedersachsen, Wilfried Dressler, Steinstr. 37197 Hattorf am Harz Tel. 05584-3533010, E-Mail: dfv-niedersachsen@freidenker.de

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine 2015

DFV-Verbandsvorstand (VV)

Verbandsvorstandssitzung (VV) in Magdeburg-
14.8. bis 16.8. VV-Sitzung
11. bis 13.9. Wissenschaftliche Konferenz in Berlin
23. bis 25.10. VV-Sitzung in Magdeburg

DFV-Landesvorstand

Vorstandssitzung am 17. 4. in Hamburg (hat stattgefunden)

5.6. bis 7.6. 2015 – Exkursion nach Neubrandenburg
(Anmeldungen liegen bereits vor)

25. bis 27.9. Wochenendseminar in Seppensen, Ferienheim „Heideruh“

anschl. **Vorstandssitzung 2015** (am Sonntag bis 12.00 Uhr). Offen für alle anwesenden Mitglieder und Interessierte.

DFV-Orts- und Kreisvereinigungen

Hamburg:

Es ist beabsichtigt, wieder drei bis vier Veranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen durchzuführen:

Veranstaltung:

Am 6. März um 19.30 Uhr: Zum Internationalen Frauentag 2015:

„Das Kurze Leben der Irene Wosikowski“ Dazu sprachen Elke und Helmuth Sturmhoebel, Vors. der AG Jugendweihe e.V.– Musik: Saskia Maas- eine Hamburger Songwriterin. Ort: Stadtteiltreff AGDAZ in Steilshoop, Fehlinghöhe 16. (Hat stattgefunden)

8. Mai -Befreiung – was sonst!? FEST DER BEFREIUNG

9. Mai ab 14.00 Uhr Hamburger Wallanlagen – Eine Bündnisveranstaltung vieler Organisationen mit der VVN/BdA

Kiel:

DFV- Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als **Atheistische Gruppe** jeweils am ersten und am dritten Dienstag im Monat jeweils um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19. Weitere Informationen Gerd Adolph (Tel. 0431/52 48 07)

Neustrelitz:

Mitglieder und Freunde der Gruppe Neustrelitz werden persönlich informiert und betreut. Infos: Dr. Elli – Marie Simon (Tel.03981/44 32 05)

Lüneburg:

Infos: Cornelius Kaal, Stellvertretender Landesvorsitzender (Tel. 041318544564 o. 0177-2049867) Auch Anmeldungen für die Teilnehmer/innen der Jugendweihe 2016 in Lüneburg.

Hinweise auf Veranstaltungen und Kontakte zu befreundeten Organisationen :

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg; Infos und Anmeldung für die im Januar 2016 beginnenden Kurse!

Stadtteiltreff AGDAZ: Cesar-Klein-Ring 40 (NEU), 22309

Hamburg-Steilshoop, Tel.040/ 630 10 28 Mail: info@agdaz.de und Web: www.agdaz.de. Dort kann auch das aktuelle Programm in Erfahrung gebracht werden.

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e. V.

Es gibt Führungen durch die Dauerausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm-Raabe-Weg 23. Weitere Infos unter www.willi-bredel-gesellschaft.de

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di):

Arbeitskreis „Antirassismus“, jeden ersten Dienstag im Monat um 18.00 Uhr im Gewerkschaftshaus Kontakt und Anfragen: Agnes Schreieder; Stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di; Mail: agnes.schreieder@verdi.de

Kulturverein im Gewerkschaftshaus am 1. 9. um 20.00

Uhr im KLUB: Irene Kroll liest aus ihren Büchern: Die Spur des Vaters - Biographie“ und „Dr. A.“-Roman, Eintritt 7 Euro, Anmeldung rose@wolfgang-rose.info Vorverkauf in der Büchergilde im Gewerkschaftshaus (unten).

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“

Antifaschistische Bildungsstätte, Ahornweg 45, 21244 Buchholz in der Nordheide, Tel. 04181/8726

E-Mail: info@heideruh.de

Mehr Infos unter www.heideruh.de

Förderverein der Gedenkstätte-Ernst Thälmann e.V.:

Neue Mitglieder sind willkommen!

Tel. 040/631 62 60 (U. Scheer)

Mail: etfoerderverein@hotmail.de ;

Tarpenbekstr. 66, Hamburg-Eppendorf